

Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)



Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa,
Friedrichstr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkontrollrats Riesa, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postfachnummer: Dresden 1830
Poststraße Riesa Nr. 62.

Nr. 140.

Dienstag, 19. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschließlich Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Zwischen an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa.
Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 18. Juni.

Das Gesetz über wertbeständige Hypotheken und die Novelle zum Hypothekendarlehen werden ohne Debatte dem Reichsausschuß übergeben.

Es folgt die zweite Beratung des Zusatzabkommens zum Deutsch-schweizerischen Abkommen über schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner. Der wesentliche Inhalt des Abkommens ist der, daß die schweizerischen Hypotheken unter Bezeichnung des deutschen Schuldners an der persönlichen Haftung als Grundschulden eingetragen werden. Die Verfügung über die Grundschuld hat nicht der Eigentümer, sondern ein von der Reichsregierung zu bestimmender Treuhänder.

Der Ausschuß beantragt dazu eine Entschließung, die Regierung möge den hier in Frage kommenden Hypothekenschuldnern Steuererleichterungen gewähren, um ihnen die Ansammlung von Mitteln zur bereinstimmigen Abdeckung der Frankengrundschulden zu ermöglichen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) beantragt wegen einzelner Bedenken Zurückverweisung an den Ausschuß. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung über einen Änderungsantrag desselben Abgeordneten stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Präsident Loebe ernennt die neue Sitzung auf 7/8 Uhr an.

In der neuen Sitzung wird der Antrag Schulz-Bromberg abgelehnt und die Vorlage mit der Entschließung des Ausschusses angenommen. In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt.

Darauf kommt die Novelle zum

Landessteuergesetz

zur zweiten Lesung. — Der Ausschuß hat den Artikel 5 der Regierungsvorlage gestrichen, wonach die Umsatzsteuer zu Gunsten der Gemeinden um 1/2%, also auf 2 1/2% erhöht werden sollte. Der Ausschuß beantragt, den Gemeinden 15% des Aufkommens der Umsatzsteuer zu überweisen. Weiter hat der Ausschuß die vorgeschlagene Schaftsteuer und die Viehhaltungssteuer gestrichen und bei den Getränkesteuern bei Sekt und Trinfrautwein die Höchststeuerungsätze auf 15% des Kleinhandelspreises bemessen, statt 30% in der Regierungsvorlage.

Reichsfinanzminister Dr. Gernod weist in seiner Begründung die gegen die Reichsfinanzverfassung gerichteten Angriffe als unberechtigt zurück. Nicht sie sei schuld an der Finanznot der Länder und Gemeinden, sondern diese Not treffe auch das Reich in demselben Umfang. Erst wenn Wirtschaft und Finanzen die jetzt fehlende Stetigkeit erreicht haben, sei eine grundlegende Reform der Reichsfinanzverfassung möglich. Der vorliegende Gesetzesentwurf lasse deshalb die Grundlagen unseres Steuerwesens unberührt und beschränke sich auf die Ausstattung der Länder und Gemeinden mit erhöhten Reichsteueranteilen. Noch mehr als die lange Dauer der Ausschüßberatungen bedauere die Reichsregierung die vom Ausschuß beschlossenen Änderungen der Vorlage. Die Streichung der vorgeschlagenen Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent und die gleichwohl vom Ausschuß beschlossene Erhöhung des Gemeindeanteils bedeutet für das Reich eine finanzielle Belastung von kaum absehbarer Tragweite. Der Ausschuß hat der Novelle einen provisorischen Charakter verliehen durch seinen Beschluß, daß das Gesetz am 1. April 1925 außer Kraft treten solle. Verschiedene andere vom Ausschuß beschlossene Mehrbelastungen des Reiches machen es der Regierung schwer, die schleunige Verabschiedung der Vorlage zu erbitten. Die Finanzlage der Länder und Gemeinden ist nach der genaueren Festlegung des Verteilungsschlüssels nicht so trübe, wie sie vielfach angegeben wird. Wir hoffen, bald zu einem Finanzausgleichsgesetz zu kommen, das eine empfindliche und dauerhafte Regelung unserer Steuerverhältnisse bringt.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Wenn der Minister nicht eine künftige große Reform angekündigt hätte, müßte unser Protest gegen das jetzige System noch schärfer sein. Der Entwurf bringt nur kleine Verbesserungen, wir brauchen aber einen Umbau des zentralistischen Systems. Auch ein überzeugter Unitarier kann nicht mit der Methode einverstanden sein, mit der hier den Selbstverwaltungskörpern jede Selbstverantwortung genommen wird. Nach der Vorlage will das Reich Länder und Gemeinden mehr geben als es selbst einnimmt, also muß die Notenpresse noch mehr als bisher in Anspruch genommen werden. Was aber soll werden, wenn man in einigen Monaten vielleicht von uns die Stilllegung der Notenpresse verlangt?

Abg. Oberfohren (Dn.): Länder und Gemeinden müssen ihre steuerliche Selbstständigkeit wieder erhalten. Der vorliegende Entwurf kann uns nicht befriedigen. Er ist zum Korse geworden, weil der Finanzminister sich nicht mit den nötigen Generäle für ihr Kernstück, die Umsatzsteuererhöhung, eingelassen hat.

Reichsfinanzminister Dr. Gernod protestiert gegen diesen Vorwurf. Im Ausschuß habe gerade ein deutschnationales Mitglied sich gegen eine überleitete Verabschiedung der Vorlage erklärt. Redner protestiert auch gegen die Angriffe auf die Erbschaftsteuern. Die Erbschaftsteuern sind ein bleibendes Verbleib dieses Landes. In einzigen Reichen werde eine Nachprüfung dieses Wertes möglich sein. Falsch sei aber die Meinung, als ob ohne die Erbschaftsteuern die Länder und Gemeinden mit den ihnen in der Vorlage zustehenden Steueranteilen auskommen könnten. Zu Reformen werde er stets bereit sein, niemals aber an den Grundlagen der Erbschaftsteuern zu rütteln lassen.

Abg. Scholz (Dp.): Wenn bei dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches eine Zentralisation der Verwaltung nicht möglich ist, dann muß man sich auch auf einer Zentralisation entschließen. Den Gemeinden ist nur die Gewerbesteuer geblieben, darum wird sie über Gebühr angespannt. Wir dürfen auf diesem Wege nicht weiter schreiten, wir müssen das Hebel an der Wurzel packen und zum alten Steuerlosten zurückkehren. Dem Reich müssen die Vermögens- und Besitzsteuern, den Ländern die Einkommensteuer und den Gemeinden Zuschläge zur Einkommensteuer überlassen werden.

Abg. Weins (Soa.): Solange der Besitz nicht steuerlich richtig erfasst ist, wird keine Finanzreform Wandel schaffen können. Wir könnten vor dieser fruchtlosen Erfassung des Besitzes mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer nicht einverstanden sein. Der unumgänglichen Finanzlage der Gemeinden muß ein Ende gemacht werden, jetzt können sie die Befolgung ihrer Beamten nur dadurch aufbringen, daß sie die aus Reich abzuführenden Steuern unterlagen.

Nach 7 Uhr wird die Weiterberatung des Landessteuergesetzes abgebrochen und die dritte Lesung des Gesetzes zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

aufgenommen.

Abg. Wilmann (Dn.) macht die Stellungnahme der Mehrheit seiner Freunde von der Beantwortung der Frage abhängig, ob die Ausführung des Gesetzes so streng beobachtet werden sollte, daß Zustände wie in Hamburg nicht allgemein eintreten können.

Abg. Wulle (Döbl.) protestiert gegen die Vorlage und dagegen, daß der Reichstag nicht angehörige Professor Jadasohn hier dem Salvarian eine Lobrede halten konnte. Reichsinnenminister Cser: Die Regierung hat den lebhaften Wunsch, daß die Vorschriften des Gesetzes nicht durchlöcher werden. Sie will im Einvernehmen mit den Landesregierungen den Kampf gegen die Prostitution auf der ganzen Linie aufnehmen. Abg. Wulle irrt, wenn er glaubt, die Heranziehung eines besonderen Kommissars durch die Regierung sei ein außergewöhnlicher Vorgang. Auch Robert Koch ist früher von der Regierung zu Reichstagsverhandlungen hinzugezogen worden.

Abg. Weidmann (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden gegen dieses Schandgesetz stimmen.

Die ersten Paragraphen werden mit großer Mehrheit angenommen, in Paragraph 4 wird auf einen Rechtsantrag die Regierungsvorlage wieder hergestellt, wonach die Strafverfolgung von Geschlechtskranken nur dann vom Strafamt abhängig gemacht wird, wenn es sich um Ehegatten oder Verlobte handelt.

Im übrigen wird die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Morgen nachmittag 2 Uhr kleinere Vorlagen und Weiterberatung des Landessteuergesetzes.

Neuer Rekordtiefstand der Mark.

• Berlin. Die Mark hat bekanntlich am Montag an den internationalen Devisenmärkten einen abermaligen außerordentlich schweren Rückgang erlitten, der in seinen scheinbaren Auswirkungen einen gefährlichen Charakter annahm. Der Dollar wurde gestern, Montag, mit 148 000 M. genannt und erreichte gegen Abend vorübergehend einen noch weit tieferen Stand. Zeitweilig wurde der Dollar mit 175 000 M. notiert, nachdem schon bei der amtlichen Notierung zur Vermeidung stärkerer Anzeichen eine scharfe Repartierung erfolgt war. Die New Yorker Börse brachte einen neuen Rekordtiefstand der Mark mit 160 000 für den Dollar. — An der Londoner Börse erreichte die Mark am Montag einen neuen Tiefstand von 700 000 Mark für ein Pfund, während am Sonnabend bei Schluß der Börse die Mark mit 515 000 zum Pfunde notierte. Auch der französische und der belgische Franken gingen zurück. Paris notierte 75 000, Brüssel 84 200 und Wien 325 000.

Ueber Erreichung wertbeständiger Löhne.

Am 2. Juni hatten die Gewerkschaften an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem auf die gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft hingewiesen und betont wird, daß Schritte zur Beseitigung der Notlage unternommen werden müßten. Am 11. Juni wurden zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Reichsarbeitsminister die mit der gegenwärtigen Lage zusammenhängenden Fragen in einer Besprechung erörtert. Dabei wurde auch zu dem Problem der Erreichung eines wertbeständigen Lohnes Stellung genommen. In der Gewerkschaftszeitung erklärt man es für unbedingt notwendig, durch die Erreichung eines Reallohnes der zunehmenden Selbstwertierung entgegenzuwirken, um der Arbeiterschaft auf diese Weise zumindest ein Existenzminimum zu schaffen. Auf welche Weise das Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Der große Ausschuß der Gewerkschaften wird am Freitag in einer Sitzung zu der Frage Stellung nehmen. Am Sonnabend sollen Beratungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft stattfinden. Am 15. Juni hat die Reichsregierung an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklärt, daß sie auch die mit der Lage zusammenhängenden Fragen weiter angelegen sein lasse und daß das Reichsarbeitsministerium die Wünsche der Gewerkschaften weiter verfolgen werde. Der Reichskanzler müsse sich jedoch auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beschränken und könne sich in keinerlei Beziehungen mit den Unterorganisationen einlassen. Im Reichsarbeitsministerium ist den Gewerkschaften zugestanden worden, daß zunächst die Ermittlung der Indexziffer in kürzester Frist als bisher erfolgen soll.

Ueber die Frage der Erreichung wertbeständiger Löhne hatten die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gestern wiederum eine Besprechung, die jedoch ergebnislos verlief. Aus den Erörterungen ist zu entnehmen, daß man das Schlagwort Goldlöhne durchaus ablehnt, da bei dem gegenwärtigen Stande der Papiermark die Erzielung von Goldlöhnen einfach unmöglich sei. Zunächst wollen die Gewerkschaften den Gedanken einer aus den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren zusammengesetzten paritätischen Indexkommission verwirklichen. Sie würde allmählich den Index ermitteln, nach dem die Löhne zu regeln seien. Auf diese Weise würden die Löhne allmählich dem ermittelten Index angepaßt werden.

Die Hungerblockade im besetzten Gebiet.

Die durch die Unterbindung der letzten Verkehrslinien im Ruhrgebiet von den Franzosen erzielte Hungerblockade macht sich bereits bemerkbar. Infolge der Unterbrechung der Bahnstrecke Stoppenberg—Herpes—Dorsten sind gestern keine Milchtransporte in Essen eingetroffen. So weit wie möglich werden die Lebensmittel durch Kraftwagen an die großen Städte herangeführt. Bei der Besetzung der verschiedenen Bahnhöfe ist den Franzosen eine große Anzahl von Waggons mit Lebensmitteln in die Hände gefallen. Die Viehweidung hat u. a. auch durch die gewalttätigen Versteigerungen der wilden Kontrollkommissionen gelitten. Auf deutscher Seite ist man mit größter Energie tätig, die großen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung zu überwinden. Auf französischer Seite scheint man nicht die Einfuhr von Lebensmitteln direkt zu verhindern; indes kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Franzosen mit der indirekten Hungerblockade zu dem letzten Mittel gegriffen haben, um den unerbittlichen passiven Widerstand der Bevölkerung zu brechen.

Die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs des Ruhrgebietes hat bereits katastrophale Folgen gezeigt. Im gesamten Gebiet trifft weder Post ein noch kann sie im größeren Umfange fortgeschickt werden. Der Güterverkehr ruht vollkommen. Schon am Sonntag waren einzelne Orte und Städte ohne Milch. Die einzige noch bestehende Möglichkeit aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet zu gelangen ist die Straßenbahn von Dortmund über Brakel nach Unna. Die Besatzungsbehörden haben aber durch neue Verhaftungen auch diese Möglichkeit erschwert. Die Straßenbahndirektion ist angewiesen worden, den Betrieb auf dieser Strecke nur im ganz erheblich eingeschränkten Umfange durchzuführen. Die Freiheit Stranden gegenüber normalen Zeiten 1 1/2 Stunden jezt 3 Stunden.

Ein neuer Raubzug unter Tant-Verdeckung.

Die Franzosen besetzen vorgestern den Bleichwerkwerk Grillo-Hunten & Co. (Wannemann-Werke) in Gelsenkirchen-Schake und zwangen den Direktor Köhn in das Werk zu gehen. Die ganze Aktion erfolgte unter dem Aufgebot französischer Tanks, Panzerwagen und Maschinen-gewehre. Als Zweck stellte sich später heraus, daß die Franzosen die Lieferung von Material erzwingen wollten, das von Firmen in Charleroi auf Grund des Lieferungsabkommens vor längerer Zeit bestellt wurde. Die Lieferungen waren aber wegen des Einbruches nicht ausgeführt worden. Die Franzosen hatten auch gleichzeitig Ingenieure mitgebracht und außerdem ein Arbeitskommando, das sofort mit dem Verladen begann, da die deutschen Arbeiter und die Werkleitung die Hilfe ablehnten.

Ein viehisches Verbrechen an einem ausgewiesenen Eisenbahner.

Am Sonntag, in später Nachtstunde, wurde in einem Walde bei Köbelsheim ein aus Kartaus ausgewiesener Eisenbahner vollständig entleidet und befehlungslos aufgefunden. Nachdem er sich einigermaßen erholt hatte, erklärte er, daß er von drei Weirakauern in der schändlichsten Weise vergewaltigt worden sei. Der Mann wurde in schwer verletztem Zustande dem Krankenhaus zugeführt.

Neue scharfe Verordnung Deputiertes.

Nach einer Verordnung des Generals Degoutte sollen in Zukunft bei Attentaten auf Angehörige der Besatzungstruppen und bei Sabotageakten an den Bahnräumen außer den bisher angewandten Zwangsmaßnahmen auch noch alle in der Nähe liegenden Privathäuser geräumt werden.

Poincaré will mit Belgien antworten.

Der Matin meldet aus Brüssel, daß Poincaré die belgische Regierung gebeten habe, sich mit ihm zu verständigen, um eine gemeinsame Antwortnote an Deutschland fertigzustellen. Man ist der Ansicht, daß trotz der Neutralität der belgische Regierung dem Wunsch Poincarés entsprechen wird.

Gemeinsame Antwort auch an England.

Der Pariser Berichterstatter der Times schreibt, die französische Regierung wünsche eine gemeinsame Antwort mit der belgischen Regierung auf den Teil des britischen Memorandums zu geben, der die Frage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet behandelte. Es bestehe nicht die Absicht, wie verschiedene französische Zeitungen behauptet haben, eine mündliche Antwort zu erteilen. Die Antwort von Paris und Brüssel werde schriftlich und in einer gemeinsamen Note erteilt werden. Vorgestern habe die belgische Regierung einen Entwurf der von Poincaré vorgelegenen Note erhalten. In dieser wende sich der französische Ministerpräsident in sehr herzlichen Worten an die britische Regierung. Dem Berichterstatter wird von maßgebender Stelle erklärt, Poincaré selge einen „wirklichen Wunsch nach einem Einvernehmen“.

Dem politischen Berichterstatter der Wall Mall Gazette zufolge beruht in britischen amtlichen Kreisen sehr stark

der Eindruck vor, daß Baldwin entschlossen sei, den Weg zu verfolgen, den er sich vorausschaut habe. Im Laufe der nächsten Tage könne indes kein weiterer Fortschritt gemacht werden. In beiden Häusern des Parlaments werde eine Art Mitteilung über die britische Politik erwartet.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Deutsche Studenten in Finnland. Das Hauptquartier der Deutschen Studentenschaft teilt mit: Auf Einladung mehrerer finnischer Kreise befinden sich auch in diesem Jahre viele deutsche Studenten zur Erholung in Finnland. Der Transport nach Finnland ist durch das Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft organisiert worden. Zur Zeit weilen sechs deutsche Studenten für sechs Wochen als Gäste englischer Studenten in Oxford. Sie wurden überall mit dem größten Entgegenkommen aufgenommen. Oxford-Studenten werden den Besuch im August ds. Js. erwirken.

Jona Aho vom Einreiseverbot ausgenommen! Vom Verkehrsamt Aho wird mitgeteilt, daß die kirchlich von anderer Seite verbreitete Mitteilung über ein einmonatiges Einreiseverbot in das besetzte aus dem unbesetzten Gebiet sich nur auf das französische Gebiet bezieht.

Für ehemalige memelländische Militärpersonen. Nach einer Bekanntmachung der memelländischen Behörden sollen sich ehemalige memelländische Militärpersonen, die durch den Beschluß der Völkervereinigung vom 18. Februar dieses Jahres litauische Staatsuntertanen geworden sind, in der deutschen Armee Kriegsdienste leisten und fernerseit von belgischen Truppen gefangen genommen worden sind, bis spätestens 25. Juni dieses Jahres beim Magistrat der Stadt Memel bzw. bei den zuständigen Landratsämtern des Memelgebietes (Memel, Depeltrug, Pogegen) schriftlich oder mündlich melden. Es handelt sich um die Rückführung der den Belagerten fernerseit abgenommenen Parafast. Die Ansprüche müssen bis zu dem erwähnten Termin eingereicht sein. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Danziger Spende für das Deutsche Volksofer. Der Beamtenbund der Freien Stadt Danzig, dem fast sämtliche Beamten Danzigs angeschlossen sind, hat eine Sammlung zum Besten der Rhein- und Ruhrbedrängten veranstaltet, als deren vorläufiges Ergebnis dem Deutschen Volksofer 50 Millionen Mark überwiesen worden sind. Der Beamtenbund hat diese namhafte Spende dem Deutschen Generalkonsulat in Danzig mit einem Schreiben überreicht, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß auch die Beamtenchaft von Danzig ihre durch die gegenwärtigen Verhältnisse außerordentlich bedrängten Brüder im Westen nicht vergessen hat, daß sie dauernd mit reger Anteilnahme der Entwicklung der sich dort abspielenden Ereignisse folgt und mit treuer Genußnahme der besten möglichen Standhaftigkeit der Beamtenchaft des bedrängten Gebietes Unterstützung leistet.

Sozialdemokratischer Protest gegen die französischen Gewaltakte. Der „Vorwärts“ meldet: Im Bezirk Dortmund-Hörde fand am Sonntag eine Delegiertenkonferenz der sozialdemokratischen Partei statt, die zur Ausrufung einer Entschiedenheit anahm, in der es heißt: Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die zahlreichen Verhaftungen, Ausweisungen und Erdrückungen deutscher Einwohner, gegen die Abschüttelung des Verkehrs und die Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit. Die Versammlung gelobt, in diesem Kampfe nicht nachzulassen, bis die Zurückführung der französischen-belgischen Truppen erfolgt ist. Von der Regierung wird gefordert, daß sie keine Gelegenheit zu einer Verhandlung verpasse und alles tut, um die Leiden der Ruhrbevölkerung zu mildern.

Revision gegen Görge's Todesurteil. Die Revisionsverhandlung gegen das Todesurteil im Falle des Ingenieurs Görge's von der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird vor dem Revisionshof in Düsseldorf bereits am Donnerstag im neuen Amtsgericht eröffnet. Die Vertretung der Revision liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm (Erfen).

Um die Rechtsstaatlichkeit der „Volksgesichte“. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß das Amtsgericht Hamburg dem Volksgericht München die Rechtskraft verweigert habe, weil die bayerischen Volksgerichte keine rechtmäßigen Gerichte seien. Auf Beschwerde hat das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg, nach einer Meldung der Münchener Korrespondenz Hoffmann, das Amtsgericht Hamburg angewiesen, dem Erlaß des Volksgerichts München um Rechtskraft zu entsprechen.

Eine polnische Weisung. Die polnische Regierung hat an Deutschland eine Note gerichtet, in der sie sich gegen die Landtagsrede des preussischen Ministerpräsidenten und den dort gegen Polen erhobenen Vorwurf der Intoleranz wendet.

Gegen den Mißbrauch der deutschen Gastfreundschaft. Die Tiroler Landesregierung erläßt folgende Rundschreibung: Der gegenwärtige Marktverkehr hat wie vor einigen Monaten ein starkes Anwachsen des Reiseverkehrs aus Österreich in das benachbarte Bayern hervorgerufen. Es ist zu befürchten, daß wieder wie vor kurzem es zu jenen massenhaften Mißbräuchen im Anlauf deutscher Waren in München und anderen Städten durch Ausländer kommen werde. Die Tiroler Landesregierung hat daher inländischen Reisenden nachdrücklich verboten, die deutsche Gastfreundschaft zu mißbrauchen und im übrigen verfügt, daß Inländern, die den österreichischen Behörden wegen Schmuggels von Waren über die deutsche Grenze angezeigt werden, die Reisepässe abgenommen werden und daß ihnen die Ausstellung neuer Pässe verweigert wird.

Der freiwillige passive Widerstand der deutschen Eisenbahner. Auf der San-Konferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Osnabrück wurde nach einer eingehenden Aussprache über die neuesten Rechtsbrüche und über das Blutvergießen durch die Besatzungsmächte eine Entschiedenheit angenommen, in welcher erklärt wird, daß der ausgewogene Kampf aus eigenem Antrieb aufgenommen wurde, weil freie deutsche Arbeiter sich nie einer fremden Gewalt Herrschaft beugen und nie unter dem Druck feindlicher Majorität arbeiten werden. Die Eisenbahner werden den passiven Widerstand nicht aufgeben, sondern ihn für die Freiheit des deutschen Volkes und für die Bekämpfung der Menschenrechte weiterführen.

Zum Banknotendiebstahl bei der Reichsbank. Bei der Verschlagung der Diebesbeute aus dem jetzt aufgeklärten Banknotendiebstahl bei der Reichsbank fehlten zunächst noch zwanzig Millionen Mark. Die Täter gaben schließlich zu, sie in einem Vororte versteckt zu haben. Die Kriminalbeamten, die sofort Nachforschungen anstellten, fanden noch neunzehn Millionen Mark vor. — Wie mitgeteilt wird, ist der Diebstahl auf die grobe Fahrlässigkeit eines verantwortlichen Beamten zurückzuführen, der zunächst selbst unter dem Verdachte der Täterschaft gestanden hatte.

Andweisung Danziger Bürger. Die Blätter melden, es sei bedauerlich, alle Danziger Bürger aus Polen auszuweisen, falls Danzig nicht die Ausweisungen von Polen zurücknehme und Genugtuung gebe.

Belgien. **Französisch-belgischer Flugverkehr.** Bei einem Empfang im Brüsseler Aeroclub sprach der frühere Minister für Luftschiffahrt über die Notwendigkeit eines ausgedehnteren französisch-belgischen Handelsflugverkehrs, angeblich, um den deutschen Besatz auf diesem Gebiete entgegenzutreten.

Zwangs bildet das neue belgische Kabinett. Zwangs bildet das neue belgische Kabinett. Zwangs bildet das neue belgische Kabinett. Zwangs bildet das neue belgische Kabinett. Zwangs bildet das neue belgische Kabinett. Zwangs bildet das neue belgische Kabinett.

den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Man glaubt, daß er noch im Laufe des Monats das neue Kabinett gebildet haben wird. — Der belgische König hat von politischen Verantwortlichen den früheren katholischen Minister Seeger und den früheren liberalen Außenminister Dauters empfangen. In dem letztgenannten glaubt man den kommenden Minister des Innern erblicken zu dürfen. Sollte die Bildung eines neuen Kabinetts Zögern scheitern, so ist es fraglich, ob die Sozialisten an einer Koalitionsregierung, wie sie dann notwendig werden würde, teilnehmen würden.

Die belgischen Sozialisten und die Regierungskrisis. Bei der Parteikonferenz der Sozialisten hat Vanderveelde gesagt: Unser Standpunkt ist der, daß wir nicht an die Mitarbeit an einer bürgerlichen Regierung denken dürfen, sondern es muß unser Ziel sein, nach einer Reihe von Fehlschlägen endlich die Regierungsgewalt ohne Kompromiß zu erlangen.

Frankreich. **Der französische Marineminister.** Der Senat hörte am Montag bei der Besprechung der Budgets den Bericht des Senatspräsidenten. Daraus geht hervor, daß die Ausgaben für die französische Kriegsmarine im Jahre 1914 16,52 Prozent des Gesamtbudgets, im Jahre 1922 7,69 Prozent betragen.

England. **England bezahlt seine Schulden.** Großbritannien hat jetzt den Vereinigten Staaten die erste Rahlung für die Amortisation der britischen Schulden im Betrag von 68 Millionen Pfund Sterling geleistet.

Serbien. **Beratungen im jugoslawischen Parlamente.** In einer getagelten Beratungen gab der Führer der serbischen Arbeiterpartei Jovanovic der Belgrader Presse, daß infolge des Umsturzes in Bulgarien die Durchführung des Nischer Übereinkommens fraglich geworden sei. Gleichwohl verweist Jovanovic auf die aufrichtigen Bemühungen Stamboulskis, eine dauernde Verständigung mit Süd-Slavien herbeizuführen.

USA. **Die Europareise des amerikanischen Schatzsekretärs.** Der Finanzminister Mellon tritt am 28. Juni seine Europareise an. Er wird in Europa zahlreiche Unterredungen mit Staatsmännern und Finanzleuten haben und versuchen, die Regelung der in Amerika kontrahierten Schulden zu erzielen, die bis jetzt noch nicht konsolidiert sind.

Hochverrats-Prozess Fuchs in München.

Im Hochverratsprozeß nahm gestern die Verlesung der protokollierten Aussagen des Angeklagten Wachen den ganzen Nachmittag in Anspruch. Das Gericht beschloß dann, weitere Verlesungen abzulehnen und der Verlesung erklärte dann, 6,30 Uhr nachmittags, die Verlesungsaufnahme für geschlossen. Heute früh 8,30 Uhr begannen die Plaidoyers.

Die Weltkonferenz für Wirtschaftshilfe und Wiederaufbau in Sowjet-Russland.

Am Sonntag in Berlin in Anwesenheit von etwa 200 Delegierten des In- und Auslandes im Reichstagsgebäude des russischen Botschafters Preksinski und des Generalsekretärs der internationalen Arbeiterhilfe Münchenberg eröffnet. Im Präsidium wurden gewählt der Präsident der anhaltischen Kammer Weis, der Botschafters Preksinski, der ukrainische Gesandte Anissin, als Vertreterin der Zentralkommission zur Bekämpfung der Folgen des Hungers Frau Manenowa, als Vertreterin der russischen Gewerkschaften Densan, als Vertreterin der Duderorganisation Mrs. Suren. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit der Unterstützung aller Bestrebungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Sowjet-Russlands anerkennt und namentlich die Fortführung der bereits von den Sanierungsorganisationen, der internationalen Arbeiterhilfe usw. geleiteten Wirtschaftshilfe fordert. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den teilnehmenden Organisationen wurde eine Kommission eingesetzt.

Die englisch-russischen Beziehungen.

Im englischen Unterhaus teilte McNeill in Beantwortung einer Anfrage mit, es sei ein Übereinkommen mit der Sowjetregierung in gewissen besonderen Punkten erzielt worden; es wurde jedoch verklärt, daß die Verhandlungen ausgedehnt, bevor die Regierung in der Lage sei, zu beurteilen, wie das augenblickliche Übereinkommen durchzuführen werde. McNeill gab zu, daß die augenblickliche Lage der englisch-russischen Beziehungen unbestriedig sei. Premierminister Baldwin erklärte, die Regierung sei nicht der Ansicht, daß eine Konferenz mit der Sowjetregierung im gegenwärtigen Augenblick mit Nutzen geführt werden könne.

Eine neue Note Russlands an England.

London. Die russische Regierung richtete eine neue Note an England, in der sie zum Ausdruck bringt, daß nun, seitdem alle Konfliktsstoffe der Vergangenheit beseitigt worden seien, umfassende englisch-russische Verhandlungen über ein anderes Zusammenarbeiten zwischen beiden Ländern und über die völkerrechtliche Anerkennung der Sowjetregierung eingeleitet werden sollen.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 19. Juni 1923.

Defensitives Schulausschüttung. Morgen Mittwoch nachmittags 5 Uhr findet im Rathaus-Schulsaal öffentliche Schulausschüttung statt. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Fahrerdiabot. Am 17. dieses Monats, nachmittags gegen 2 Uhr, ist aus dem Hofraum des Hausgrundstückes Rosenplatz 5, hier, ein Herrenrad mit schwarzem Rahmenbau, schwarzen Speichen und Pedalen, nach unten gebogener Lenkstange und grauer Summierzweifels, Wert etwa 600000 Mark, gestohlen worden. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet die hiesige Polizei.

Theateraufführung. Die seit mehr Jahren bestehende literarische Vereinigung an der Oberrealschule trat kürzlich im Höppler-Saal erstmalig mit einer Theateraufführung hervor, die in allen Teilen einen wohl gelungenen Verlauf nahm. Das dreiteilige Lustspiel des zwanzigjährigen Goethe: „Die Mitschuldigen“ ging in Szene. Jeder der vier Charaktere ist auf eine Leidenschaft gestellt. Der Wirt ist von krankhafter Neugier geplagt, die sich nicht scheut, die Ehre der Tochter zu kompromittieren. Gottfried Röhger gab ihm aber im 1. Aufzuge aus mit Recht die selbstbewußte Haltung des Bürgers, der durch Fleiß und Umsicht seinen „Goldnen Bären“ in die Höhe gebracht hat; um so buhlerischer wirkte der Darsteller dann in der Szene nach der Entdeckung, daß das vielgeliebte Schriftstück nur ein gewöhnlicher Gewatterbrief gewesen. Die Wirtstochter Sophie stattete Lotte Schönebaum mit dem Zug sächsischen Extragens aus, sie, die sich als vierundzwanzigjährige, nur um zu betrunken, den ausgemachten Trinker und Spieler Söllner zum Mann genommen. Doch fand sie auch energische Töne seinem Verhalten gegenüber und war bei den Szenen mit Alcest ganz überzeugung und Barmherzigkeit. Auch ist der Goethe der

Leipziger Zeit, der elegante Kavallerie, der für sein Mädchen schwärmt, aber auch frivoles Grundbede zu äußern sich nicht scheut. Mit Recht ließ Carl-Otto Schönebaum den vornehmsten Liebhaber in ihm vorzerrücken, so daß der gewagten Szene, in der Alcest und Sophie durch Söllner vom Balkon her belauscht werden, die Schärfe genommen wurde. Der Volontär im Goethes Werke entspricht es, daß er in seinen Dramen auch dem Gegenüber des Geldes keine Rücksicht zeigt. Nach Söllner ist Goethe, der in sich Herrsche, dämonisch Bewegte seiner Leipziger Zeit. Freilich war im 1. Akt der leichtsinnige Spieler und Trinker, dem in der Diebstahlszene der böse Zug nicht fehlte. Die spätere Selbstbeschreibung bei der Unterredung mit Alcest: Mein Herz bleibt doch mein Herz! Trotz jedem fremden Rad! kam scharf heraus, während es der Anklage gegen den Liebhaber seiner Frau, die sich gegen den ganzen Herrenstand verdirbt und an die historisch gewordenen Anklage Sigaros in Beaumarchais' Komödie erinnert, nicht an Wucht verlor. Die Spielleitung hatte Hans-Heinrich Scheller. Sein Verdienst ist es, daß das Schauspiel sehr lobenswert war und bei dem niemals überhöhten Tempo die schönen Alexandriner Klangvoll zur Geltung kamen, daß eine schöne Weisheit über der Aufführung lag und man deutlich sah; hier hatte Goethe das Wort. Dies alles und die schönen Hofotokumente taten das Ihrige, um die Bühnenwelt, die den Saal dicht besetzt hielt, zu lebhaften Beiläufigkeiten nach den Aktziffern und am Ende hinzureihen.

Kartoffelpreisnotierung. Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 18. Juni einen Erzeugerpreis von 13—14000 Mark für weiße, rote und gelbliche Sorten notiert.

Die Lohnverhandlungen der Staatsarbeiter. Die Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter über die infolge der fortwährenden Teuerung notwendig gewordenen Lohn- und Gehaltssteigerungen haben gestern nachmittags im Reichsfinanzministerium begonnen. Wie verlautet, ist mit einem Abschluß zu rechnen, der eine Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne um rund 100 Prozent vorsieht. Die gleiche Erhöhung dürfte auch für die Beamten in Frage kommen.

Erhöhung der Eisenbahntarife um 50 Prozent. Die Reichsbahnverwaltung will die Tarife zum 1. Juli um 50 Prozent erhöhen. Ferienfahrkarten, zu denen bis zu diesem Tage Fahrkarten verkauft werden, sind von der Erhöhung ausgenommen, auch wenn sie erst nach dem 1. Juli verkehren.

Die neuen Postgebühren. Der Vorschau des Reichstags hat eine Entschließung sämtlicher Parteien angenommen, nach der die Regierung bei der Erhöhung der Telegraphengebühren in der nächsten Vorlage auf die Not der Presse und die Notwendigkeit der Erhaltung des Nachrichtenwesens für die Öffentlichkeit gebührende Rücksicht nehmen solle. Ferner wurden die neuen Inlands- und Auslandspostgebühren angenommen. Hiernach wurde der Gebührentarif für den einfachen Fernbrief von 100 auf 300 Mark erhöht. Gleich Erhöhungen erfolgten für die übrigen Briefgebühren. Der bisherige niedrigere Gebührentarif für Anstichkarten, auf deren Vorderseite Grüße mit höchstens fünf Worten geschrieben werden können, wurde beseitigt. Für Bate ist die Erhöhung mäßiger gehalten. Der Restbetrag für Postanmeldungen wird in Anbetracht an die Geldwertveränderung von 100 000 auf 500 000 Mark erhöht, die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief von 300 Mark auf 800 Mark, woraus sich zwangsläufig für die Auslandsposttarife ein Satz von 480 Mark, die einfache Auslandsdrucksache ein solcher von 160 Mark ergibt. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm wurden 400 Mark und als Vortagegebühr 200 Mark, für Orts- und Pressetelegramme 200 Mark als Grundgebühr und 100 Mark als Vortagegebühr festgesetzt. Der Teuerungszuschlag für Fernsprechgeldern wird von 200 Prozent auf 2400 Prozent erhöht.

Ruhestandsbezüge. Die Versorgungsgebühren für im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrer, sowie ihrer Hinterbliebenen für Monat Juli werden, wie bereits mitgeteilt wurde, von Mitte dieses Monats an überwiesen. Zugleich mit dieser Überweisung erhalten die Versorgungsberechtigten den Nachzahlungsbetrag für die Monate Mai und Juni, der den Versorgungszuschlag von 1480 v. H. für Mai und von 1700 v. H. für Juni entspricht. Der Nachzahlungsbetrag, der auf die weitere Erhöhung der Bezüge ab 1. Juni (Versorgungszuschlag von 2000 v. H.) auf die Monate Juni und Juli entfällt, wird den Versorgungsberechtigten in der ersten Woche des Juli überwiesen werden. Mit diesem letzten Nachzahlungsbetrag werden sodann die Versorgungsgebühren bis Ende Juli voll nach dem gegenwärtigen Stande überwiesen sein.

Gemeinsame Front katholischer und evangelischer Eltern. Durch die von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitete Antwort der Regierung auf den Süd-Naunheimer Schulstreik der Katholiken ist die Lage wesentlich verschärft worden. Eine in Ost- und evangelischer Zeit einberufene große Versammlung sprach den katholischen Lehrern ihre Enttäuschung im Kampfe um ihr Recht aus und sandte folgendes Telegramm an das Sächsische Gesamtministerium und an das Reichsministerium des Innern: „Die in katholischen Pädagogischen in Ost- und evangelischen Eltern sind mit den katholischen Eltern einig in der schärfsten Verurteilung des Vorgehens des sächsischen Kultusministeriums gegen die acht katholischen Schulen des Naunheimer Bezirkes. Sie erblicken in dem Vorgehen die Verhängung eines Ausnahmezustandes über die Orte und fordern zur Wahrung der christlichen Belange sofortige Zurückziehung der religionsfeindlichen Verordnung, die als ein unzulässiger Eingriff in die persönliche und Religionsfreiheit auch von evangelischen Eltern empfunden wird.“

Die Elternratswahlen in Dresden. Bis zum Montag abends lag das Ergebnis der am Sonntag stattgefundenen Elternratswahlen noch nicht vollständig vor, da die Wahlsiffrer aus drei Schulen noch ausstanden. Bisher sind gewählt: 526 Vertreter der christlichen Schule mit Einrechnung der katholischen Schulen, 518 Vertreter der weltlichen Schule, 7 Vertreter einer Kompromisschule und 2 Kommunisten.

Gausfahrungen bei Deutschösterreich. Am Sonntag früh wurde in Leipzig bei einer Anzahl Deutschösterreichischer und Nationalistischer Gausfahrungen vorgenommen, und zwar nach Bawellen gegen Kossbach, dessen Organisation unter der Leipziger Reichweber festen Fuß gefaßt haben soll. Belastendes Material wurde nirgends gefunden.

Schneeberg im Erzgebirge. Im Erzgebirge, wo das Thermometer unter den Gefrierpunkt sank, ist stellenweise Schnee eingetreten. Die Marienbader Berge zeigten das Bild einer vollkommenen Winterlandschaft. An der Fruchtentwicklung ist bedeutender Schaden entstanden.

Bund der Kinderreichen. Durch die Vermittlung der bekannten Menschenfreundin und Schriftstellerin Annie Hall (Schweben) ist dem Landesverband Sachsen eine Spende in Höhe von 500 000 Mark überwiesen worden. Der Betrag wird dazu verwendet werden, Kinderreichen in dringenden Notfällen die erste Hilfe zu leisten.

Über den Begriff des Stallpreises beim Viehmarkt. wird von zuständigen Stelle bekanntgegeben: Nach einem Rundschreiben der Landespreisprüfungsstelle dürfen Landwirte von Viehweidebesitzern beim Verkauf von

Nicht nur der vollen Notierungsdreiß der Dresdner, Leipziger, Chemnitzer oder eines anderen Schlachtwirtschaften fordern und außerdem für alle Tiere höchstens verlangen, sondern nur den sogenannten Stallpreis, der bei Kühen 20 Prozent, bei Kälbern und Schafen 18 Prozent und bei Schweinen 16 Prozent niedriger sein muß, als der jeweilige Notierungsdreiß. Die Forderung der Landwirte auf Abkehr der Höchstpreise muß als Preisbremsmittel angesehen werden. Lediglich die Höchstpreise nach der Qualität des Viehs zu bewerten. Die Preisprüfungsstellen sind angewiesen, Landwirte und Fleischer sofort zu kontrollieren.

**Nach immer ungünstige Witterungs-
zusichten.** Das für die Jahreszeit außerordentlich rauhe und regnerische Witterungsverhalten hat auch die ganze letzte Woche hindurch angehalten und zeitweilig geradezu nachwintertlich angestrichelt. In den Nächten ist das Thermometer vielfach bis in die bedenkliche Nähe des Gefrierpunktes gesunken und tagsüber haben die Temperaturen nur vereinzelt 10 Grad Wärme erreicht, während sie bis meist zwischen 15 und 12 Grad bewegt haben. Auch für die laufende Woche sind die Aussichten ziemlich hoffnungslos, da sich über Island schon wieder ein neues Tief bildet, das wahrscheinlich schon vor dem Abzug der älteren Depression soweit nach Südosten vordringen wird, um die Witterung bei uns erneut durch Regenfälle und niedrige Temperaturen ungünstig zu beeinflussen. Die stabile Verlagerung hohen Luftdrucks über Nord- und Mitteleuropa kann zurzeit einen Umschwung zum Besseren bringen; aber die Aussichten dafür sind angesichts des Aufstehens des erwähnten neuen Islandwirbels bisher äußerst gering und wir müssen uns auf eine vorläufig noch nicht abzusehende Fortdauer des nachfolgenden Wetters gefaßt machen.

Dresden. Wie in Leipzig, so sind auch in Dresden und anderen Städten die der Internationalen Antikenshow angehörenden Künstler in den Streit getreten. Einige Kabarettisten und Dichter haben bereits die Forderungen der Künstler bewilligt und sind vom Streit verschont.

Tharandt. Am vergangenen Freitag wurde eine Dame aus dem Bogen nach Herrnhut von einem Arbeitslosen aus Niederschöna ihrer Tasche mit 150000 Mark beraubt. Der Räuber wurde bald ermittelt.

Oberrhein. Wie überall in Deutschland, so hat auch hier sich ein gewaltiger Rückgang in der Schülerzahl herausgestellt. Die Schülerzahl hatte im Jahre 1909 mit 1700 den höchsten Bestand zu verzeichnen. Demgegenüber ist sie auf 970 zurückgegangen. Der Rückgang beträgt mithin 43 Prozent.

Chemnitz. Der Sohn des Mühlendirektors in Langenbrunn geriet beim Klagercheuen vermutlich durch Krampfanfälle in das Betriebsfeld und fand dabei seinen Tod.

Schneeberg. Bei einer Holzverksteigerung aus der Stadtverwaltung wurde für rund 112 Festmeter Holz ein Erlös von 353 Millionen Mark erzielt.

Blauen. Der 61 Jahre alte Geizer Mitter geriet beim Reinigen eines Motors in die Transmission, wobei er unter anderen Verletzungen einen Schädelbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. — In Unter-Reumtingen drangen nachts zwei Eindringler in eine Stickerie ein, um dort zu hehlen. Sie trafen dabei auf den Besitzer, der dort schlief. Der bereits eingetragene Verbrecher gab vier Schüsse auf den Besitzer ab, auch der noch draußen stehende Verbrecher betätigte sich an der Schloßerei, ohne jedoch zu treffen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Weichenbach. Einem Verräter fiel ein hiesiger Arbeiter zum Opfer. Er überlebte in der Nacht zum 14. Juni einen angeblichen Mordanschlag. Am anderen Tage, in den Vormittagsstunden, verschwand der Fremde unter Mitnahme von einem Paar fast neuen, braunen hohen Herrenschuhen, einem Paar frisch desolten schwarzen Herrenschuhen, einer Mantelkappe, einem schwarzen Koffer, einem Koffer mit einem arabischen Koffer in der Umarmung von etwa 500000 Mark, sowie Legitimationspapieren, auf den Namen Max Arthur Peters lautend. In dem Verfolger ist der Kraftwagenführer Fritz Georg Wegmann, am 23. April 1897 in Leipzig geboren, ermittelt worden. Er ist flüchtig und dürfte auf den Namen Peters heißen.

Leipzig. Eine Aktionärversammlung der Leipziger Dünger-Export-Gesellschaft hat einen Kaufvertrag mit der Stadt angenommen, nach welchem die Gesellschaft 800 Millionen Mark erhält und vom 1. Juli d. Js. ab die Leipziger Düngerfabrik verstaatlicht wird.

Sächsischer Bioniertag mit Ehrenmaler-Weibe am 16. und 17. Juni in Dresden.

Am Sonnabend und Sonntag sind in Dresden der 3. Sächsische Bioniertag zum Gedenken 25. Wiederkehr der Begründung des Sächsischen Bionierkorps halt. Die Sonnabendfeier im Ausstellungspalast war außerordentlich stark besucht.

Die Weibefeyer am Sonntag.

Die Ehrenkompanie unter Hauptmann Meißner hatte wie die „Dresdn. Nachr.“ berichtet, ein Brevet aufgeschossen. Terrasse, Caroiabrücke und Gondelhafen

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

16. Fortsetzung.

Unwillkürlich war Derta halb von ihrem Stuhl aufgesprungen, daß das keine Normordtschneide ins Schwanken geriet und Gläser und Teller leise ertasteten.

„Um Gottes willen, Derta, komm zu dir. Connt gibst noch Volterabend!“ hat die taubblütigere Trude und zog die vor Erregung glühende Freundin wieder auf ihren Sitz herab.

„Sie sind wohl unter die Märchenerzähler gegangen, Herr Doktor?“ schloß sie dann mit einem verächtlichen Seitenblick.

„Die Hansen und Herr von Alleben? Das kann man wirklich auch nur Ihnen vormachen.“

Dr. Reinwaldt suchte die Achseln.

„Es tut mir leid, daß ich Herrn von Alleben in diese etwas peinliche Nachbarschaft bringen muß. Aber was ich Ihnen erzähle, sind keine Märchen, sondern Tatsachen. Bitte, urteilen Sie selbst.“

Als ich Fräulein Hansen im Korridor beobachtete, legte ich mir natürlich die Frage vor, was dieser ganze Unruhig eigentlich wohl zu bedeuten haben könnte, und verteilte auf das Rücksitzende, nämlich ein nächstliches Rendezvous. Das einzige männliche Wesen, das mir — von meiner Wenigkeit abgesehen — hierfür in Betracht zu kommen schien, war Herr von Alleben, denn, wie mich ein Blick in den Park belehrte, brannte im ganzen Umkreis des Schlosses bei ihm allein noch Licht. Ich machte mich daher auf dem schnellsten Wege zum Kavallerhaus auf und erlebte dort aber, um dies gleich vorweg zu nehmen, zunächst eine abenteuerliche Entzählung.

Herr von Alleben sah ruhig arbeitend an seinem Schreibtisch und war so völlig unbekannt, daß ich sehr bald seinen Verdacht gegen ihn fallen ließ. Von Fräulein Hansen natürlich keine Spur. Und doch sollte mein später Besuch nicht ganz ergebnislos bleiben.

Entsinnen Sie sich vielleicht noch eines Armbandes in Schlangenform, das Fräulein Hansen bei ihrem ersten Auftreten in Bahlowitz trug? unterbrach er sich dann plötzlich

Neutiger Dollarkurs (amtlich): 189.650 Mk.

waren besagert von zahllosen Menschen. Baumeister Fiedler übergab, nachdem die Kapelle Obermusikmeister Andes den Ambrosianischen Lobgesang vorausgespielt hatte, das Denkmal mit dem Weibspruch: Trauernd wollen wir gedenken an unsere Truften, die im fernen Lande liegen; kraftvoll wollen wir uns bestimmen, dem Löwen auf dem Steine gleich; frohlich wollen wir leben in der schönen Heimat. Oberleutnant Lamer dankte den Teilnehmern an dem Bau des Denkmals und dem sächsischen Staate, der den rechten Platz dazu hergab. Zeichen des Dankes für die Wohlwäter, Wahrzeichen zukommender Ehrengänge tapferer Männer, Wahrzeichen für das heranwachsende Geschlecht soll es ragen: daß sie wissen, was es gilt, wenn auch die jegliche verantwortliche Stelle einmal den Ruf erschallen lassen sollte: Vaterland in Not! Wartet die Fiedler die Weibspredigt. Das Denkmal soll sein ein Mal der Geschichte der sächsl. Bioniere; es errichtet von Bioniers Leid und Freud, in guten und schweren Zeiten, zu Wasser und zu Lande, über und unter der Erde. Als der Schlussstein einer Entwicklung von 225 langen, wechselvollen Jahren steht es hier; möge es aber nicht der Grabstein dieser Entwicklung sein; möge es einen Markstein bedeuten, gesetzt in der Zeit tiefsten Niederganges mit der Gewißheit, daß es auch wieder einmal aufwärts gehen muß. Es gilt uns als ein Mal für die 4424 gefallenen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Bionierkorps, und wir denken dabei an das Bild, das einen Bionier mit seinem Leibe die Brücke bilden löst für den Vormarsch der Armee. So sind die Bioniere allezeit lebendige Brücken für das Heer gewesen. Es wäre eine Schande, wollte man dessen vergessen. Und was tut uns der Stein zu? Der Löwe oben darauf kann es uns deuten. Unrecht, nicht zu Boden geworfen. Bild unüberwindlicher Kraft, der deutschen, guten, reinen, edlen Kraft, so steht er dort. Er erzählt den Kindern und Enkelkindern, daß ihre Väter zu sterben gewußt haben, als es Haus und Hof, als es Heimat und Familie galt. — Ehre, klare Kommandos schritten durch die Luft. Mit „Weibspredigt“ hielt die Traditionskompanie vor dem Denkmal Stellung, während rings die Köpfe sich entblöhten. Die Musik spielte den „Guten Kameraden“. General v. Enlig trat dann vor. Im Austrage des früheren Königs Friedrich August, der an diesem Tage mit dem Herzen hier weile, legte er einen Kranz nieder. Zahlreiche Kränze wurden dargebracht, so für den Befehlshaber des Bionierkorps 4, für den Verein der Offiziere der beiden Bionierbatalione 12 und 22, für den Deutschen Bioniersbund, die Traditionskompanie und für viele Militärvereine. Das Niederländische Dankgebet beendete die würdige Feier. — Am Nachmittag nahm die Tagung im Ausstellungspalast ihren Fortgang.

Unsere Postbezieher

die es bisher verkannt haben, das Abonnement zur Monatzeit zu erneuern, werden gebeten, dies nunmehr sofort zu tun, weil sonst Unterbrechungen in der Zustellung unausbleiblich sind.

Mießer Tageblatt.

Untersuchungsausschuh für die Marktlähmung.

Der Reichstagsausschuh zur Untersuchung der Ursachen des Marktlases hatte am Montag vormittag den preussischen Bionierkommissar Gebeinrat Dr. Lippert und Gebeinrat Dr. Kleinmies von der Devisenbeschaffungsstelle zur Vernehmung geladen. Staatssekretär Lippert erklärte nach dem „B. Z.“ auf eine Frage des Vorsitzenden Lange-Hegebaum (S.), bestimmte größere Kreise hätten seiner Ansicht nach an der Börse keinen besonderen Einfluß auf die Devisenkrise ausgeübt. Abgesehen von einer gewissen Nervosität habe es sich bei dem Marktlase um die Wirkung der vorübergehenden Entwicklung und gegen das zeitweise Abgeben von Devisen durch die deutsche Wirtschaft gehandelt. Der Dollarkurs von 50000 sei Anfang Februar auch an der Börse als übertrieben angesehen worden; das habe das Eingreifen der Reichsbank ermöglicht. Entscheidend für die Mäßigkeit der Reichsbank, den Dollarkurs auf einem Niveau von etwa 20000 zu halten, sei jedoch die außerordentliche Geldknappheit gewesen, die im Februar infolge der Kreditrestriktionen der Reichsbank und infolge der Lähmung einsetzte, daß der deutschen Wirtschaft größere Auslandsguthaben entzogen wurden, weil das Ausland selbst, z. B. die englische Kohlenproduktion, größere Geldbeträge brauchten. Wirtschaftlich gehörten die Exportdevisen, die der Reichsbank zufließen, dem allgemeinen Markt, sie wurden ihm aber zum größten Teil vorenthalten, weil sie gebraucht werden zur Entlastung der Reparationsverpflichtungen, zum Beispiel der belgischen Schatzwechsel. Bereits Ende Februar habe der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln nachgelassen und die Reichsbank habe an einzelnen Tagen sogar Devisen aufgenommen.

gerade in dieser Zeit hätten Industrielle Kassaheften abgegeben und neuen Termindesillen Mai und Juni getauscht, weil sie sich im Februar noch unbedingt Geld beschaffen mußten. So habe sich der Kassaheftenbestand von Handel und Industrie bereits im Februar wesentlich verringert. Auch im März habe die Reichsbank zum Teil Devisen aus dem Berliner Börsenmarkt herausziehen können. Ebenso hätten die Verhältnisse in den ersten Tagen des April gelegen. Vom rein bionierrechtlichen Standpunkt sei es daher nicht verwunderlich, daß doch einmal eine gewisse Unruhe und eine starke Nachfrage nach Devisen einsetzte. Zunächst war das am 29. März nach dem Bekanntwerden des schlechten Ergebnisses der Rechnung auf die Dollarkassaschwankungen der Fall, noch viel mehr aber vom 3. und 4. April an, als nämlich die starken Inflationsskizzen, der gestiegene Notenumlauf und die Vergrößerung der Reichsbank bekannt wurden.

Vermischtes.

...ausbruch des Vetus. Wie aus Neapel gemeldet wird, ist in der Nacht zum Sonntag nach heftigen Erderschütterungen der Vetus ausgebrochen. Es bildeten sich fünf Krater, aus denen sich ungeheure Lavamassen ergießen. Die Bionierstädte von Linguaglossa sind bereits ein Opfer des Vavotromes geworden. Der Vavotrom bewegt sich in drei Richtungen auf Linguaglossa, gegen die Anstaltungen von Vavotromo und zur Lava-Ablockerung des Jahres 1911. Die Einwohner der bedrohten Ortschaften sind, von der Panik ergriffen, geflüchtet. — Bei einem neuen Ausbruch des Vetus haben die Vavotrome den Bahnhof Caltanissetta zerstört und die um den Vetus führenden Eisenbahnlinien gesperrt. Infolge der Sperrung der Vavotrome ist die Gefahr neuer Vermittlungen zurzeit aufsehend gebannt. Die Bezirksbehörden sind nach der Unglücksstelle geeilt; der Minister für öffentliche Arbeiten wird aus Rom erwartet.

89 Kisten Liköre und Weine für die Fische. Aus NewYork wird drastisch gemeldet: Der amerikanische Dampfer „George Washington“ wurde auf der Straße von Europa an der amerikanischen Küste auf Grund des Vorkaufs des Antialkoholgesetzes gezwungen, 89 Kisten mit Likören und feinen Weinen, die die Fahrgäste während der Fahrt nicht aufgebraucht hatten, ins Meer zu werfen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 19. Juni 1923.

Die Verräter Schlageter Nationalsozialisten.

• Berlin. Der „Vorwärts“ berichtet, daß es gelungen ist, die wahren Schuldigen an der Ermordung Schlageters festzustellen. Es sind dies ein ehemaliger Unteroffizier Göts und ein Leutnant Schneider. Beide sind Mitglieder sowohl der KKK, als auch der Organisation „Geia“. Man hat gegen beide Männer dringenden Verdacht geschöpft, daß sie Spionage- und Spitzeldienste für Frankreich betrieben haben. Sie wurden verhaftet und überführt und sind jetzt in vollem Umfang geständig. Sie haben für die Preisgabe Schlageters 700000 M. von den Franzosen erhalten. „Geia“-Mitarbeiter selbst gab während seiner Untersuchungsfrist der Vermutung Ausdruck, daß Schlageter von diesen beiden verraten worden sei.

• Der Schweizer Gesandte in Warschau demissioniert.

• Bern. Der Schweizer Gesandte in Warschau, Oesch Buser, hat dem Bundesrate seine Demission eingereicht.

• Große Verwicklungen durch den neuen Vetus-Ausbruch.

• Mailand. Der neue Ausbruch des Vetus ist weit gefährlicher als anfangs angenommen wurde. Die großen Ortsteile Vicolo, Valamola und Ferro sind vollständig unter den Massen begraben. Der linke Vavotrom bedroht die Stadt Linguaglossa. Auch der Bahnhof von Caltanissetta ist unmittelbar bedroht. Ein weiterer Arm von bedrohlichem Ausmaß bewegt sich mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 60 Meilen in dieser Richtung vorwärts. Die Banen sind in Scharen. Besonders groß ist der Schaden auf den Feldern. Stellenweise sind Bahnhöfe und Landstraßen gefährdet. Die Erregung der Bevölkerung ist groß. (S. a. Vermischtes.)

• Das Fallen des Frankens.

• Paris. Das erneute Fallen des französischen Frankens wird in amtlichen Kreisen als eine Ueberforderung bezeichnet. In Börsenkreisen erklärt man das Sinken des Frankens kurzum damit, daß die Großindustrie ihren Devisenbedarf für den Vierteljahresabschluss diesmal im Hinblick auf die ungewissen Lage ungewöhnlich früh eingedeckt hat. Man bedeutet aber zugleich, daß der Frankenkurs zum Teil auch auf des Zusammenbruchs der deutschen Mark zurückzuführen ist.

• Deutschland soll zum internationalen Luftkongress eingeladen werden.

• London. Bei einem im Zusammenhang mit dem bevorstehenden internationalen Luftkongress gegebenen Pressegespräch erklärte der Unterstaatssekretär für Luftfahrt, er sowohl, wie General Spol wünschten sehr, daß es möglich sein möchte, Deutschland wegen seiner großen technischen Erfahrung, insbesondere im Bau von Doppeldeckern, zur Teilnahme an dem Kongress einzuladen.

ganze seltsame Verhalten Fräulein Hansens zu bedeuten haben?

„Vorläufig läßt sich noch gar nichts dazu sagen. Und nur das eine steht für mich persönlich fest, daß ich mich in Bahlowitz nicht mehr so wohl fühle und mich des unbegreiflichen Gedankens nicht erwehnen kann, daß ich irgendetwas Unheimliches, Unfassbares gegen sie all vorbereitet!“

„Das haben Trude und ich schon empfunden. Ohne daß wir es so recht erklären konnten. Vor allem aber lag mir bisher jeder Verdacht gegen Herrn von Alleben fern, den ich auch jetzt noch für einen Ehrenmann halte.“

„Diesen Eindruck haben wir wohl alle von ihm gehabt. Fräulein Derta! Und doch können wir uns irren. Im Grunde wissen wir ja von Herrn von Alleben und seiner Vergangenheit ebensowenig wie von Fräulein Hansen. Ich meine daher, daß wir drei uns zusammenschließen und beide Herrschaften ganz scharf im Auge behalten müssen, wenn wir ihrer Frau Schwester nach den schweren Schicksalsprüfungen des letzten Jahres vielleicht neue große Anregungen ersparen wollen.“

„Endlich das erlösende Wort.“ fiel in diesem Augenblick Trude Warfenthin ein und schob ihren Teller mit einem energischen Ruck weiter auf den Tisch hinaus. „Die Verschönerung in der Konditorei mit Dr. Reinwaldt als Sherlock Holmes. Nun hört aber endlich von der langweiligen Hansen auf. Wir müssen noch einmal zur Schwesterin, Derta, und treffen uns um ein Uhr zum Essen im Goldenen Löwen.“

„Rehntes Kapitäl.“

„Kinder, diese Hölle!“

„Trude Warfenthin war als erste vom Tische aufgesprungen und schickte sich mit ihrem großen Schutzhut das glühende Gesicht.“

„Sie machen schon Touren mit uns, Dr. Reinwaldt.“ schalt sie dann auf den kleinen Pathologen, der sich hinter ihr etwas langsamer von dem heißen Tisch des Wagens entziffelte.

„Unberthalt Stunden Fahrt von Bartenberg in solch einem Sonnenbrand. Gib mir bloß unsere Kette herunter, Derta, und komm ins Haus. Ich falle sonst noch um vor Hitze.“

